

Editorial

Liebe Leserin und Leser,

Im letzten Heft TECHNIK 37 haben wir Sie gefragt, ob Sie für den Brandschutz mehr investieren wollen. Das Ergebnis scheint auf den ersten Blick erfreulich: Mehr als 90 Prozent wollen das. Doch leider hat es einen kleinen Schönheitsfehler: Geht man den Antworten nach, zeigt sich, dass Viele damit die in den Bundesländern mittlerweile rechtlich verpflichtende Nachrüstung an Rauchwarnmeldern gemeint ist. Das ist zwar rühmlich, denn so wird auch von Wohnungsinhaber eine Brandentwicklung frühzeitig wahrgenommen, verbessert aber nicht den eigentlichen Brandschutz. Seine Problembereiche bei Altgebäuden sind vielfach, wie beispielsweise die steigende Verarbeitung von Kunststoffen (Wärmedämmung, Folien, Fensterrahmen, usw.), Nachrüstung mit Fahrstühlen, unzureichende Ausweisung von Fluchtwegen, Lagerung von brennbaren Substanzen und Gegenständen im Keller und auf dem Dachboden, Umnutzung von Garagen in Lagerräume, um nur einige zu nennen. Empfehlenswert ist, mindestens einmal im Jahr mit den Hausbewohnern einen Brandschutz-Check durchzuführen, wodurch auch das Sicherheitsbewusstsein angeregt wird.



Hans Jürgen Krolkiewicz, Foto privat

Doch nicht nur der Brandschutz, auch die beschlossene Änderung der EnEV wird intensiv diskutiert. Hier geht es vor allem um die Forderung zum Null-Energie-Haus, was in sich bereits eine sprachlich falsche Darstellung ist. Denn auch ein Null-Energie-Haus benötigt, um es gewinnbringend zu betreiben, den Einsatz von Strom. Ohne diesen können die für ein solches Gebäude notwendigen elektronischen Schalteinrichtungen nicht betrieben werden. Um jedoch den geforderten Standard zu erreichen, müssen alle Gebäudeaußenflächen (Dach, Fassade, Keller) mit dicken Dämmstoffpaketen gedämmt, luftdicht ausgeführt und mit elektronisch gesteuerten Geräten (Heizung, Lüftung, usw.) ausgerüstet sein. Bisher gilt das nur für den Neubau, es ist jedoch damit zu rechnen, dass diese Forderungen auch den Altbau erreichen werden, wenn die EU es beschließt.

Baufachleuten ist klar, dass solche einschränkenden Forderungen nicht nur die Baukosten hochtreiben, sondern auch in der Wirtschaftlichkeit zweifelhaft sind. Heute ist es üblich, Dämmstoffdicken von 10 cm an der Fassade und 15 cm im Dach einzusetzen. Doch bereits diese Dimensionierungen ergeben allein noch keine Wirtschaftlichkeit. Zusätzlich müs-

sen Heizung und Lüftung (Luftdichtheit) angepasst werden. Diese Maßnahmen treiben die Stromkosten, die in den meisten Nachweisen der Wirtschaftlichkeit sehr niedrig angesetzt werden, nach oben. Zudem steigen die Stromkosten stetig, auch im Jahr 2014, die Stromlieferanten haben es bereits angekündigt, und in den kommenden Jahren drastisch. Nicht, wie immer behauptet wird, wegen der Nutzung alternativer Energien, sondern vor allem wegen der falschen politischen Weichenstellung in der Vergangenheit und vernachlässigter Investitionen der Stromerzeuger. Leider wälzen Politiker und Industrie diese Kosten allein auf den privaten Endverbraucher ab, der Großverbraucher profitiert davon. Bedauerlich ist, dass eine neue Regierung diese Ungleichheit nicht ändern wird – es ist immer der gleiche Tenor: man muss Arbeitsplätze damit sichern! Das Nachsehen hat der Kreuzchen liefernde Wähler, der den markigen Wahlsprüchen der Politiker glaubte. Hier kann ich nur auf den Kölner Wahlspruch verweisen: „Es ist immer gut gegangen!“ und „Es kütt wie es kütt“. In diesem Sinne allen Lesern wünsche ich allen Lesern einen fröhlichen Advent!

Hans Jürgen Krolkiewicz

Wie immer, bietet die führende Fachzeitschrift der Wohnungswirtschaft technisch fundierte Beiträge, wie sie bei Printmedien kaum zu finden sind. Und Sie können jederzeit in unserem Archiv auf alle früheren Hefte zurückgreifen, ohne umständlich suchen zu müssen. So etwas bietet ihnen bisher kein anderes Medium der Wohnungswirtschaft. Unser nächstes Heft 39 erscheint am 27. Dezember 2013

PS: Sie sind anderer Meinung? Lassen Sie es mich bitte wissen!